

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN, MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 11. Dezember 1959

Blatt 2420

## Die Arbeit des neuen Gemeinderates

=====

### Programmatische Rede des Bürgermeisters nach seiner Wiederwahl

11. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute nach der Konstituierung des Wiener Gemeinderates und seiner Wiederwahl folgende programmatische Rede:

"Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Bürgermeister erwiesen haben. Mit diesem Dank verbinde ich das Versprechen, daß ich immer bemüht sein werde, es zu rechtfertigen. Ihr Vertrauen verpflichtet mich ebenso wie das Gelöbnis, das ich heute abgelegt habe.

Auch im Namen der anderen Herren und Frauen des Präsidiums, des Gemeinderates und der soeben gewählten Mitglieder des Stadtsenates, der Vizebürgermeister und Stadträte, danke ich Ihnen. Auch sie werden mit allen ihren Kräften bemüht sein, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Pflichten im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung zu erfüllen.

### Dank an die scheidenden Stadtseratsmitglieder

Mit der neuen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates scheidet Herr Vizebürgermeister Lois Weinberger als Mitglied des Stadtsenates aus. Als amtsführender Stadtrat leitete er die Geschäftsgruppe für das Gesundheitswesen. Dieses wichtige Amt unterstand ihm seit der Konstituierung des Wiener Gemeinderates nach dem Kriege, also seit Februar 1946. Kraft dieser beiden hohen Funktionen in der Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien konnte er am Wiederaufbau des Gesundheitswesens in Wien an entscheidender Stelle mitwirken. Unter seiner Leitung wurden in

./.



jahrelanger zäher Arbeit die großen Kriegszerstörungen an den Krankenanstalten und Wohlfahrtsanstalten beseitigt. Mit dem Besserwerden der wirtschaftlichen Verhältnisse konnten diese Anstalten, die in den ersten Jahren nach dem Krieg unter dem Mangel an Medikamenten, Lebensmitteln, Spitalswäsche schwer zu leiden hatten, wieder auf einen Leistungsstand gebracht werden, der dem Gesundheitswesen einer Großstadt entspricht. Herr Vizebürgermeister Weinberger scheidet nun nach mehr als 14jähriger Tätigkeit als amtsführender Stadtrat aus diesen beiden Funktionen aus, er gehört aber weiterhin dem Gemeinderat als Mitglied an.

Aus seinem Amte scheidet weiters Herr Stadtrat Diplomkaufmann Richard Nathschläger. Vom März 1949 bis zum Herbst 1950 leitete er die Geschäftsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten und anschließend bis heute die Geschäftsgruppe "Städtische Unternehmungen". Daneben übte er mehrere wichtige Funktionen in selbständigen Wirtschaftsbetrieben aus, die der Stadt Wien entweder ganz oder zum großen Teile gehören. Der Umfang und der Aufgabenbereich der ihm unterstandenen Unternehmungen sind außergewöhnlich groß. Als er dieses Amt übernahm, waren wohl schon manche Kriegsfolgen überwunden. Es bestanden aber immer noch große Schwierigkeiten und Hindernisse für ein halbwegs normales Funktionieren der Stadtwerke. Es waren damals schon die ersten Anzeichen des Wirtschaftsaufschwunges zu spüren, die zu einer beträchtlichen Steigerung des Bedarfes der gewerblichen Betriebe an Strom und Gas führten, wozu noch die wachsenden Ansprüche der Wiener Haushalte dank des steigenden Lebensstandards hinzukamen. In dieser Zeit mußten bereits die Grundlagen gelegt werden für eine Leistungssteigerung der Stadtwerke, wie wir sie früher wohl nie erlebten. Die Stadtwerke durften hinter der Entwicklung nicht zurückbleiben. Noch schwieriger hatten es in dieser Zeit die Verkehrsbetriebe, die in dieser Beziehung das Schicksal mit den Verkehrsunternehmungen fast aller anderen Großstädte teilen. Herr Stadtrat Nathschläger war persönlich vom besten Willen beseelt und ist mit großem Fleiß und Ernst seiner Funktion gerecht geworden. Herr Stadtrat Nathschläger scheidet nicht nur aus dem Stadtsenat, sondern auch aus dem Gemeinderat.

Im Namen der Stadt Wien spreche ich beiden scheidenden Stadträten für ihre verdienstvolle und langjährige Tätigkeit,



die sie in schwerster Zeit im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung vollbracht haben, den herzlichsten Dank aus und wünsche ihnen Glück und Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg.

#### Die Aufgaben der kommenden Jahre

Mit der heutigen Konstituierung ist der Gemeinderat in seine verfassungsmäßigen Rechte eingetreten und damit beginnt eine neue Periode der demokratisch gewählten Volksvertretung in Wien. Im 14. Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, im 4. Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages, können wir an die Voraussetzungen und Bedingungen, die der neugewählte Gemeinderat für seine Aufgaben vorfindet, schon einen wesentlich anderen Maßstab anlegen. Obwohl die Folgen der Kriegs- und Besatzungszeit noch lange nachwirken werden, hat für uns die Zeit der Provisorien endgültig vorbei zu sein und an die Stelle der großen Wiederaufbauleistungen treten jene Aufgaben, die der rasche Aufschwung und das beschleunigte Tempo der Entwicklung uns stellen.

Bereits nächste Woche wird der Haushaltsplan der Stadt Wien für das Jahr 1960 beraten werden, der erstmalig zur Gänze nach dem fünfjährigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erstellt ist. Im Voranschlag werden alle Verwaltungsgruppen ihre Arbeiten für das nächste Jahr beschließen lassen müssen, die in ihrem Umfang und in ihrer Vielfalt die Bedeutung der Großstadtaufgaben erkennen lassen.

In diesem Zusammenhang will ich mir erlauben, dem Gemeinderat für die bevorstehende fünfjährige Verwaltungsperiode jene Aufgaben in großen Zügen zu umreißen, die schon voraussehbar sind und die sich durch die obwaltenden Verhältnisse als notwendig und wünschenswert erweisen. Ich gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß es uns möglich sein wird, diese Aufgaben ungestört zu verfolgen, damit wir an der weiteren glücklichen Entwicklung unserer Heimatstadt planmäßig wirken können.

#### Großzügige Arbeitsbeschaffung

An die Spitze unserer Aufgaben stelle ich die Fortsetzung aller unserer Bemühungen, die auf eine möglichst umfangreiche Arbeitsbeschaffung gerichtet sind. Auch die geringste Arbeits-



losigkeit wäre ein Luxus, den sich unser kleines Land nicht leisten darf. Die Arbeitsbeschaffung ist besser als die Arbeitslosenunterstützung, sie macht einen Teil der Fürsorge überflüssig; die Arbeitsbeschaffung sichert am besten die materiellen Grundlagen der Familien. Deshalb wollen wir alles dazu beitragen, daß durch die Investitionen der Stadt Wien möglichst viele Dauerarbeitsplätze geschaffen werden und daß die gewerbliche Wirtschaft, auch die Klein- und Mittelbetriebe, beschäftigt werden. Unsere Bestrebungen gehen noch darüber hinaus, denn wir wollen die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer gewerblicher Betriebe und Industrieunternehmungen möglichst günstig gestalten. Durch die Förderung der Wiener Messe und aller Einrichtungen, die dem Fremdenverkehr zu dienen haben, wollen wir zusätzliche Beiträge für die Vollbeschäftigung leisten.

Die Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde und die Förderung der Wirtschaft hat nicht nur das Ziel, die Vollbeschäftigung zu bewahren. Durch den immer rascher werdenden Integrationsprozeß in Europa werden schon jetzt große Probleme an die Wiener Wirtschaft herangetragen, die für die kommende Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung sind. Wir müssen alles daransetzen, daß Wien seine wirtschaftliche Stellung behauptet und verstärkt, weil es damit nicht nur für sich, sondern für ganz Österreich eine bedeutungsvolle Aufgabe löst. Die Gemeinde Wien will sich auch in dieser Hinsicht ihren Pflichten nicht entziehen und von diesem Gesichtspunkt aus ist ihr Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramm beeinflusst.

#### Weiterhin Bekämpfung der Wohnungsnot

Eine unverändert große Aufgabe ist der Gemeindeverwaltung durch die noch immer bestehende Wohnungsnot gestellt. Ich glaube mit einiger Vorsicht sagen zu dürfen, daß die Wohnungsnot wohl ihren würgenden Charakter der ersten Nachkriegsjahre verloren hat, doch ist sie noch immer drückend genug. Vor einiger Zeit wurde gesagt, die Wohnungsnot sei nunmehr weniger eine quantitative als eine qualitative. Diese Formulierung ist sicher zu einem Teil zutreffend, denn die Wünsche, die von der Bevölkerung an die Qualität der Wohnung gestellt werden, entstehen aus den Bedürfnissen der Gegenwart mit ihren gesteigerten Ansprüchen.



Aber - und das ist nun das besondere an unserer Situation - diese Wünsche steigen wesentlich rascher, als sie befriedigt werden können.

Die Gemeinde Wien hat seit dem zweiten Weltkrieg unter großen Anstrengungen und unter Aufbietung von Milliardenbeträgen ein außerordentlich großes Wohnbauprogramm durchgeführt. Es sind bisher mehr als 56.000 Wohnungen gebaut worden, womit zweifellos die Wohnungsnot viel von ihrer Schärfe verloren hat. Dank dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds konnte der größte Teil der zerbombten Wohnungen wieder aufgebaut werden. Durch die Leistungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, an denen die Gemeinde mit ihren Förderungskrediten beteiligt ist, und der Neuen Wiener Wohnbauaktion, die der Gemeinderat im vergangenen Jahr beschlossen hat, wurden außerordentlich wirkungsvolle Beiträge zur Lösung des Wohnungsproblems geleistet, die umso begrüßenswerter sind, als bei dieser Förderung der Genossenschafts- und Eigenheimbauten auch privates Baukapital in Erscheinung tritt, wodurch auch zunehmendes Verantwortungsbewußtsein und der Bauwille weiter Bevölkerungskreise offenbar wird.

In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde durch besonders günstige Kredite in der Höhe von mehreren hundert Millionen Schilling die Instandsetzung und Modernisierung privater Wohnhäuser ermöglicht. Das hat die Reparaturkosten wesentlich gesenkt, den Wohnwert dieser Häuser vergrößert und gleichzeitig auf die Verschönerung des Stadtbildes einen wohltätigen Einfluß ausgeübt. Diese Kreditaktionen sollen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Wie groß der Wohnungsbedarf trotz aller bisherigen Anstrengungen ist, zeigen die Wohnungsbewerbungen, die bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung angemeldet sind. Am 1. Dezember lagen 10.860 sehr dringende und 25.800 dringende Fälle vor, zusammen also 36.660. Diese Zahl ist um 3.000 höher als zu Beginn des Jahres 1959. Diese bedauerliche Steigerung der dringenden und dringendsten Bewerbungen, deren Erfüllung sich die Bevölkerung von der städtischen Wohnhäuserverwaltung erwartet, hängt zweifellos damit zusammen, daß Mitte 1958 das Neuvermietungs-gesetz vom Nationalrat nicht verlängert wurde und deshalb abgelaufen ist. Seit dieser Zeit fehlt der Gemeindeverwaltung jede



gesetzliche Grundlage, auch die allerdringendsten Wohnungsfälle durch Einweisung in leerstehende Privatwohnungen zu lösen. Die Vermietung freier Privatwohnungen ist dem Ermessen des Hausbesitzers oder Hausverwalters überlassen. Zwar wurde damals von den Hausbesitzerverbänden behauptet, daß nach dem Fallen des Neuvermietungs-gesetzes die Hausbesitzer ihre Wohnungen ohne Protektion und ohne sogenannte Ablösebeträge nur an die Wohnungsbedürftigen vergeben werden, ja eine dieser Erklärungen verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Hausbesitzer würden es besser und gerechter machen als das Wohnungsamt der Stadt Wien. Die Praxis sieht leider anders aus. Seit dem Fallen des Neuvermietungs-gesetzes gibt es tausende leerstehende Wohnungen. Durch Umwandlung in Büros und Geschäftslokale werden Wohnungen ihrem Zweck entzogen. Der Ablösewucher treibt ungeahnte Blüten. Am vergangenen Sonntag, dem 6. Dezember, waren in einer einzigen Wiener Zeitung allein 644 kleine Inserate, in denen freie Wohnungen angeboten wurden. Bei einigen dieser Inserate waren auch Ablöseforderungen bekanntgegeben, die unwahrscheinlich hohe Beträge, in einem Fall sogar 130.000 Schilling, erreichten. Diese Tatsachen beweisen, daß sich in Form der Wohnungsvermittlungsbüros ein Wohnungszwischenhandel eingeschaltet hat, der die Wohnungen weiterhin bewirtschaftet! Nur mit einem großen Unterschied. Die Wohnungsämter der Gemeinden haben die Zuweisungen der Wohnungen kostenlos und an die nach gesetzlichen Vorschriften geprüften bedürftigen Wohnungsbewerber vorgenommen, während die Hausbesitzer und Wohnungsvermittler die Bedrängnis der Wohnungssuchenden zu völlig unberechtigten Forderungen ausnützen. Daß bei einer solchen Methode die Wohnungsbedürftigkeit des Bewerbers eine sehr untergeordnete Rolle spielt, liegt in der Natur der Sache. Ich beginge eine schwere Unterlassungssünde, würde ich am heutigen Tage Regierung und Nationalrat auf diese bedauerlichen Umstände nicht aufmerksam machen und würde ich nicht neuerlich einen gesetzlichen Schutz gegen den Wohnungswucher und gegen den Ablösewucher verlangen.



Ich muß noch auf einen anderen bedauerlichen Umstand hinweisen und daraus eine Forderung ableiten: es betrifft den schwunghaften Handel mit sogenannten Rücktrittswohnungen. Es ist nicht der Sinn des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der mit Beiträgen der österreichischen Mieter und mit Steuergeldern dotiert wird, daß er zu geschäftlichen Transaktionen und zu völlig ungerechtfertigten finanziellen Vorteilen ausgenützt wird. Es wird immer offenkundiger, daß auf diesem Gebiete sich bereits die Spekulation breitgemacht hat. Die Forderung nach einer Beseitigung dieser zwielichtigen Umstände wird immer dringender, da sie leider auch die Möglichkeit zu Betrügereien großen Stils bieten, wie das Beispiel der Terrain-Gesellschaft zeigt, deren bedauernswerte Opfer um ihr Geld gekommen sind. Mit der nachträglichen Verhaftung der Beschuldigten ist den um alle Hoffnungen gebrachten Wohnungsbewerbern leider nicht gedient. Die Gesetzgebung muß Vorsorge treffen, daß alle diese unwürdigen Zustände von vornherein verhindert werden.

#### Städtebauliche Entrümpelung

Die Wiener Stadtverwaltung hat in den vergangenen Jahren ihre Bautätigkeit nicht nur im Sinne einer Vermehrung, sondern auch einer Erneuerung der Wohnungen durchgeführt. Dadurch hat sie auch zur qualitätsmäßigen Verbesserung der Wohnverhältnisse beigetragen. Mit großen Assanierungsbauten im 3., 4., 9., 10., 14. und 16. Bezirk hat sie bereits eine wahre städtebauliche Entrümpelung vorgenommen. Diese Aufgabe wird sie auch in Zukunft fortzusetzen haben, genau so wie sie es als eine ihrer vornehmsten Pflichten zu betrachten hat, die Wohnungsnot weiterhin aktiv zu bekämpfen. Sie wird ihr großes soziales Wohnbauprogramm fortsetzen und eine verstärkte Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues und des Baues von Eigenheimen ermöglichen.

Allerdings begegnen diese Aufgaben immer größeren Schwierigkeiten bei der Bodenbeschaffung. Diese Schwierigkeiten behindern nicht nur die Assanierung von Wohngebieten und den Bau von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, sondern erschweren auch schon die Ausführung von Verkehrsassanierungen. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung ist bereits allgemein



so anerkannt, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 die Beschlußfassung über ein Bodenbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz angekündigt hat. Von dem Zustandekommen dieser Gesetze wird es in entscheidender Weise abhängen, ob die Stadt Wien und die anderen österreichischen Städte ihre großen Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Verkehrswesens erfüllen können.

Die Entwicklung des Verkehrswesens stellt die Gemeindeverwaltungen vor immer größere Aufgaben. Die Motorisierung ermöglicht die Intensivierung der Wirtschaft und diese verlangt nach einer weiteren Steigerung des Verkehrs. Es ist eine Wechselwirkung, die insbesondere in den alten und gewachsenen Städten zu großen Schwierigkeiten führt. Auf manchen Gebieten hat der Verkehr bereits ein Eigenleben entwickelt, er ist fast zum Selbstzweck geworden und damit werden zusätzliche Probleme geschaffen. Die schwachen Blechwände eines Überlandautobusses können die stärksten Stadttore sprengen. Das Gefüge historischer Stadtteile, die ein unverlierbarer kultureller Schatz der Städte sind, sollte nicht ungeprüft und bedenkenlos allen Forderungen des Verkehrs preisgegeben sein. Die historisch und kulturell bedeutsamen Teile unserer Stadt müssen bewahrt werden - bei aller wünschenswerten und notwendigen Förderung des öffentlichen und privaten Verkehrs.

Die grundsätzlichen Bedürfnisse und Entscheidungen wollen wir uns durch eine wissenschaftlich fundierte Stadt- und Verkehrsplanung erarbeiten. Ich halte es aber für meine Pflicht, unseren Mitbürgern mit aller Offenheit zu sagen, daß die Verkehrsaufgaben immer mehr Geld erfordern. Da wir nicht die Absicht haben, neue Steuern einzuführen, können die Kosten der Verkehrsbauten nur durch Zurückstellung anderer Aufgaben gedeckt werden. Wohl werden wir uns weiterhin bemühen, vom Bund eine stärkere Beteiligung bei der Lösung der Wiener Verkehrsprobleme zu erreichen, etwa durch einen Anteil Wiens am Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, durch die Erklärung von Landesstraßen zu Bundesstraßen, durch die Kostentragung des Bundes bei den Einrichtungen der Autobahn auf Wiener Boden und durch eine beschleunigte Fertigstellung der Schnellbahn in Wien. Trotzdem bliebe noch außerordentlich viel an Straßenbauten und Verkehrsbauten übrig, was zu einer beträchtlichen Steigerung der hierfür notwendigen Ausgaben führen wird.



Verkehrsprobleme

Die verkehrsmäßige Lage Wiens im internationalen Straßenverkehr wird durch den Bau der Autobahn in stärkster Weise berührt. Da schon in absehbarer Zeit die Entscheidung über die Führung der Autobahntrasse im Wiener Verkehrsraum fallen wird, will ich die verantwortlichen Bundesdienststellen noch einmal auf die lebenswichtige Bedeutung dieser Frage aufmerksam machen und darauf hinweisen, daß eine Lösung, die die echten Verkehrsbedürfnisse mißachtet, für Wien auf unabsehbare Zeit einen unwiederbringlichen Schaden verursachen würde. Vor allem muß ich darauf dringen, daß die Entscheidung über die Trassenführung nicht ohne die Gemeinde Wien gefällt wird.

Die Ausführung einiger dringend notwendiger Verkehrsaufgaben ist in greifbare Nähe gerückt. Ich zähle hiezu vor allem die Fertigstellung der Schnellbahn, die für einen großen Teil der berufstätigen Wiener Bevölkerung eine wesentliche Verkürzung der Fahrzeiten bringt. Bekanntlich hat die Stadt Wien dem Bund eine Vorfinanzierungsaktion ermöglicht, mit der der Bau der Schnellbahn bereits begonnen wurde. Leider ist die Fortsetzung des Baues im kommenden Jahre durch Maßnahmen des Bundes in Frage gestellt. Ich richte heute an den Herrn Finanzminister das dringende Ersuchen, den Weiterbau an der Schnellbahn dennoch zu ermöglichen. Um die Wirkung der Schnellbahn zu verbessern, wollen wir sie an zwei Stellen mit unserer Stadtbahn verbinden. Die bereits begonnene Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb werden wir fortsetzen. Wenn keine außerordentlichen Schwierigkeiten auftauchen, wollen wir bei den Wiener Verkehrsbetrieben ein einheitliches Tarifsystern einführen und damit für die Bevölkerung der Außenbezirke eine Erleichterung schaffen.

Der Straßenverkehr soll durch den Ausbau und durch die Modernisierung des Straßennetzes eine weitere Entwicklung erfahren. Die letzten kriegszerstörten Donaukanalbrücken werden wieder aufgebaut und damit die letzten Spuren des Krieges beseitigt. Zur Befriedigung des bereits vorhandenen Verkehrsbedarfes wird eine neue Donaubrücke gebaut werden, um das Gebiet links der Donau mit der übrigen Stadt besser zu verbinden. Diese Maßnahme soll gleichzeitig dazu dienen, die begrüßenswerten Siedlungs- und Bauwünsche und die notwendigen Bedürfnisse für eine Ansied-



lung gewerblicher Betriebe in ein städtebaulich wünschenswertes Gebiet zu lenken. Zu dem gleichen Zweck sollen in diesem Gebiet die Kanalisierungs- und Wasserversorgungsanlagen beschleunigt ausgebaut und seine soziale und kulturelle Bedeutung verstärkt werden. Diesen Zweck wollen wir vorerst durch eine bessere Versorgung mit Schulen und durch die Errichtung eines Hallenbades erreichen. Dieser Teil unseres städtebaulichen Programmes ist so groß und umfangreich, daß er in einer fünfjährigen Wahlperiode nicht vollendet werden kann. Hiezu wird trotz allen Fleißes eine weitere Reihe von Jahren notwendig sein.

#### Für die Gesundheit der Wiener

In den nächsten Jahren werden wir auf allen Gebieten, die mit der Gesundheit der Wiener Bevölkerung zusammenhängen, unsere Bemühungen verstärken müssen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird trotz allen vorhandenen Schwierigkeiten doch in Schwung kommen und zum Zeichen dafür, daß die Gemeinde keine Vorsorge versäumt hat, ist bereits im nächstjährigen Budget ein Betrag eingesetzt, der höher ist, als er voraussichtlich gebraucht wird. Wir wissen uns hier eines Sinnes mit allen zuständigen Bundesdienststellen, die gleich uns keine Gelegenheit zur Beschleunigung des Projektes versäumen wollen. Es steht bereits fest, daß die Zahl der Betten in den neu zu erbauenden Kliniken um 500 geringer sein wird. Um diesen Ausfall rechtzeitig wettzumachen, wurde bereits heuer mit einem Ergänzungsbau im Verbands des Wilhelminenspitals begonnen, der 560 Betten aufnehmen wird. Damit soll von dieser Seite eine Störung in der Bettenversorgung vermieden werden. Die Wiener Bevölkerung soll die Gewißheit haben, daß die Gemeindeverwaltung sehr bemüht sein wird, im Einvernehmen mit den Bundesdienststellen den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses so rasch und so zweckentsprechend als möglich durchzuführen, damit den Notwendigkeiten der gesundheitlichen Betreuung, aber auch der wissenschaftlichen Bedeutung der Wiener medizinischen Schule Rechnung getragen wird.

Den Aufgaben der Bevölkerungshygiene wird eine Kehrrichtverbrennungsanlage dienen, deren Bedeutung und Aufgabe der Öffentlichkeit bereits bekanntgegeben wurde. Die grundsätzlichen Planungsarbeiten sind beendet, der Standort ist bestimmt und die



ersten großen Aufträge zum Beginn der Bauarbeiten sind bereits vergeben. Die Bauzeit dieser Anlage ist verhältnismäßig kurz, und zwar mußte sie auf die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues im Wilhelminenspital abgestimmt werden. Die Kehrlichtverbrennungsanlage soll nämlich ein Fernheizwerk speisen, das die umliegenden großen Krankenanstalten der Stadt Wien mit Wärme zu versorgen hat.

Weiteren volkshygienischen Bedürfnissen soll eine Verbesserung der Wasserversorgung dienen. Die bereits erschlossenen Grundwasservorkommen in der Schwarzlackenu und in der Freudenu sollen nach der Genehmigung durch die Wasserrechtsbehörde an unser Leitungsnetz angeschlossen werden und die Wasserwerke werden sich weiterhin bemühen, zusätzliche Wasserversorgungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Wasserwerke werden sich sogar ernstlich mit der Projektierung einer dritten Wiener Wasserleitung beschäftigen müssen.

Einige Gebiete unserer Stadt, die früher zu Niederösterreich gehörten und durch eine andere Wasserleitung versorgt werden, sind durch höhere Wassertarife benachteiligt. Die Gemeinde wird ernstlich versuchen, einheitliche Wassergebühren einzuführen, die die Benachteiligung der ehemaligen Randgemeinden aufhebt.

#### Fürsorge für jung und alt

Die sozialen Bestrebungen haben im demokratischen Wien immer eine große Rolle gespielt. Die besonderen Bemühungen der Stadtverwaltung galten unseren alten Mitbürgern, deren materielle Existenz durch die Fürsorgerente gesichert werden muß, denen aber vor allem die Furcht vor dem einsamen Alter genommen werden soll. Durch die anhaltend gute Wirtschaftslage und durch das Inkrafttreten des ASVG sind die Einkommensverhältnisse eines großen Teiles unserer alten Mitbürger auf eine andere Grundlage gestellt worden. Das hat zu einer wesentlichen Verminderung der Fürsorgenempfänger geführt. Während am 1. Jänner 1951 fast 36.000 Dauerunterstützte gezählt wurden, sind es jetzt nur mehr 9.600. Aber der öffentliche Fürsorgeapparat hat sich nicht wesentlich verändert. Es stellt sich als notwendig und zweckmäßig heraus, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und einen Umbau



des behördlichen Fürsorgeapparates vorzunehmen, um einen unnützen Aufwand an Zeit, Geld und Arbeitskraft zu vermeiden.

In den letzten Jahren haben wir eine Reihe von Heimstätten für alte Menschen erbaut, in denen unsere gesunden älteren Mitbürger eine Wohnung finden, die ihren speziellen Bedürfnissen angepaßt sind. Solche Heimstätten sollen in verbesserter Form auch in Zukunft gebaut werden und außerdem werden wir Wohnheime schaffen, die pensionatsartigen Charakter haben sollen.

Eine gesunde und fortschrittliche Gemeindeverwaltung widmet sich mit Vorliebe allen jenen Aufgaben, die mit der Förderung der Familie, mit der Fürsorge für Mütter und Kinder, mit dem Erziehungs- und Schulwesen zusammenhängen. Auf diesem Gebiete hat Wien in den vergangenen Jahrzehnten Vorbildliches geleistet und wir werden unsere Bemühungen verstärkt fortsetzen. Wir wollen damit die Verantwortlichkeit der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder in keiner Weise in Frage stellen. Im Gegenteil! Wir halten an ihr fest! Aber wir werden doch, soweit es möglich ist, die Eltern in ihren Aufgaben unterstützen und werden ihnen manche Möglichkeiten für die Erziehung ihrer Kinder in die Hand geben, die sie aus eigener Kraft nicht bereitstellen könnten. Hierzu gehören Kindergärten und Horte ebenso wie Spielplätze und Freibäder, aber vor allem die Modernisierung des Schulwesens überhaupt. Nach der Beseitigung der umfangreichen Kriegsschäden in den Schulen und nach der Modernisierung einer großen Zahl von alten Schulen können wir weitere Schritte tun, um das Wiener Schulwesen wieder auf einen international anerkannten Stand zu heben und damit unserer Jugend die bestmögliche Vorbereitung für das Leben zu vermitteln. Um unserer Lehrerschaft diese Aufgaben zu erleichtern, soll das Wiener Pädagogische Institut ein neues Heim erhalten, dem die Pädagogische Zentralbücherei angeschlossen sein wird. Um das Berufsschulwesen zu verbessern und ihm mehr Raum zu geben, wird ein drittes zentrales Berufsschulgebäude errichtet werden. Dies soll ein weiterer Beitrag für die Erziehung unseres gewerblichen Nachwuchses sein.

#### Förderung von Wissenschaft und Kunst

Die Gemeinde Wien will in Zukunft ihrer moralischen Verpflichtung als Universitäts- und Hochschulstadt in vermehrtem Um-



fang nachkommen. Dies schon im Hinblick auf das 600jährige Jubiläum der Wiener Universität im Jahre 1965. Die schon bisher gewährten Stipendien für die studierende Jugend sollen erweitert und in einem "Stipendienwerk der Stadt Wien" zusammengefaßt werden. Um die Wohnungsprobleme der von auswärts kommenden Studenten zu erleichtern, wird die Stadt Wien ein Studentenheim errichten, das vorerst 300 Studenten aufnehmen wird, von denen ungefähr die Hälfte Ausländer sein sollen, um der internationalen Bedeutung unserer Universität Rechnung zu tragen. Wir wollen damit gleichzeitig auch einen Beitrag für die internationale Verständigung leisten.

Der Erwachsenenbildung, vor allem den Wiener Volkshochschulen wollen wir in den nächsten Jahren eine vermehrte Förderung zu dem Zweck angedeihen lassen, die Volkshochschulen zu einem organischen Netz über ganz Wien zu erweitern. Wir wollen damit erreichen, daß die Allgemeinbildung unserer erwachsenen Bevölkerung möglichst hoch wird, und daß alle unsere Mitbürger die Möglichkeit haben, die großen Kulturgüter Wiens in Anspruch zu nehmen. Wir werden auch ein Planetarium schaffen, das den Schulen und den Volksbildungsanstalten für die Bereicherung ihres Unterrichtes und ihrer Kurse zur Verfügung stehen soll.

Der internationale Ruf Wiens ist auf seinen Leistungen in Wissenschaft und Kunst begründet. Diesen Ruf wollen wir im freien Wettstreit der Geister weiterhin wahren und womöglich noch vermehren. Deshalb werden wir uns bemühen, eine neue Blütezeit des kulturellen Wien herbeizuführen. Wir haben dazu schon im nächsten Jahre Gelegenheit anlässlich der zehnten Wiener Festwochen seit dem zweiten Weltkrieg. Sie sollen der Welt unseren ungebrochenen Kulturwillen zeigen und uns selbst unsere Kulturverpflichtungen noch stärker bewußt machen.

#### Konstruktive Zusammenarbeit

Hoher Gemeinderat! Am Tage meiner Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt Wien gilt mein erster Gruß und mein Dank vor allem der Wiener Bevölkerung und allen Bediensteten der Stadt Wien, in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmen und Betrieben. Es ist ein Dank für die verantwortungsbewußte Mitarbeit am Wiederaufbau und Neubau Wiens und für das



große Verständnis gegenüber den Schwierigkeiten, die immer wieder überwunden werden müssen. Ich richte an sie alle die herzliche Bitte, an die bevorstehenden großen Aufgaben der nächsten fünf Jahre mit ihrer bewährten Arbeitsbereitschaft und mit dem gleichen Verständnis heranzutreten. Unsere Mitarbeiter in allen Gemeindedienststellen dürfen das beruhigende Gefühl haben, daß alle Organe der Stadtverwaltung den Willen haben, ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber dem Personal im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Dafür wurden in den vergangenen Jahren manche Beispiele gegeben. Aber dafür darf die ganze Bevölkerung mit Recht erwarten, daß sie bei allen ihren berechtigten Anliegen von den Gemeindebediensteten bereitwilligst Rat und Hilfe bekommt. Es ist mir persönlich ein wirkliches Bedürfnis, das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Rathaus immer besser zu gestalten, weil die Bereitschaft unserer Mitbürger für die verständnisvolle und verantwortungsvolle Zusammenarbeit um so größer ist, je mehr sie die Gemeindedienststellen als wirklichen Helfer und Ratgeber betrachten können.

In diesem Zusammenhang danke ich auch der Presse für ihr bisheriges verständnisvolles Verhältnis zur Gemeindeverwaltung und bitte sie, ihre Bestrebungen auch in Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern und vor allem die grundsätzlichen Probleme der Großstadtverwaltung in objektiver Weise zu diskutieren.

Wenn wir den Wiederaufbau und den Neubau Wiens seit dem zweiten Weltkrieg beurteilen, dann können wir in der Entwicklung deutlich die Konturen eines großen Konzeptes erkennen. Sie mögen nicht immer ganz bewußt entstanden und verfolgt worden sein, aber jedenfalls haben sie den Bedürfnissen der Zeit entsprochen und haben sich organisch eingefügt in den großen uns vorschwebenden Plan. Die großen Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Wohlfahrt, der Gesundheit und des Sportes, der Schule und Kultur, stellen sich würdig an die Seite aller jener werteschaffenden Investitionen, die die bessere Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser, mit elektrischem Strom und mit Gas zum Ziele haben. Dazu gehören auch die großen Anstrengungen für die Modernisierung des öffentlichen und privaten Verkehrs.



Der ununterbrochene Fluß der Arbeit bringt es mit sich, daß wir Werke, die in der vergangenen Wahlperiode begonnen wurden, in den nächsten Jahren zu vollenden haben, genau so wie wir auch jetzt Aufgaben beginnen werden, deren Vollendung erst nach längerer Zeit möglich sein wird. Die Voraussetzungen für den großen Neubau und Umbau Wiens müssen uns durch die ungebrochene und weiterhin günstige wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden. Der Gemeinderat wird sicher alle Möglichkeiten wahrnehmen, um in gemeinsamer Arbeit diese Voraussetzungen zu sichern.

Der Gemeinderat mit seinen Ausschüssen ist im Sinne unserer demokratischen Verfassung der entscheidende Faktor im Geschehen der nächsten fünf Jahre. Seine Beschlüsse, die in demokratischer Zusammenarbeit zustande kommen und damit den Volkswillen ausdrücken sollen, sind verbindlich für den Bürgermeister, für die Vizebürgermeister und die Amtsführenden Stadträte ebenso wie für alle anderen Stellen des Wiener Magistrats. Die beiden großen Parteien, die seit dem Jahre 1945 die Verwaltung der Stadt gemeinsam führen, haben ein System der Zusammenarbeit entwickelt, das bei Wahrung und Betonung der eigenen Grundsätze und Anschauungen doch ermöglicht hat, den überwiegenden Teil der Wiener Bevölkerung zu einem fruchtbaren und erfolgreichen Wiederaufbau zusammen zu führen. Es ist meine feste Überzeugung, daß damit der demokratischen Entwicklung in unserer Gemeinde ein großer Dienst erwiesen wurde. Die beiden Parteien sind nach dem Wahltag übereingekommen, diese Zusammenarbeit fortzusetzen. Wir sollten eine unserer großen Aufgaben darin erblicken, den Weg für eine möglichst konstruktive Zusammenarbeit immer offen zu halten.

#### Pioniere des Fortschritts

Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die ihm große Leistungen und Verpflichtungen abverlangen wird. Sie werden verbunden sein mit einer Reihe von Leistungen, die der Gemeinderat im Interesse der Entwicklung unserer Vaterstadt von allen unseren Mitbürgern verlangen muß. Österreich hat durch seinen Beitritt zur Freihandelszone in den europäischen Integrationsprozeß aktiv eingegriffen und die Bundeshauptstadt Österreichs soll hiebei mit ihren charakteristischen Fähigkeiten und



Einrichtungen mitarbeiten. Ich bin überzeugt, daß die Liebe der Wiener zu ihrer Vaterstadt sie weiterhin befähigen wird zu dem großen Verständnis und zur Fortsetzung der umfangreichen Leistungen, die besonders nach dem Kriege den Ruf Wiens in der Welt neuerlich begründet haben. Wien und die Wiener haben sich wieder Achtung errungen durch die großen Erfolge beim Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Stadt, durch ihre Treue zur Demokratie und durch ihre großen kulturellen und sozialen Leistungen. Wir wollen weiterhin Pioniere des kulturellen und des sozialen Fortschrittes sein und wollen hiefür alle Schichten unserer begabten und fleißigen Bevölkerung gewinnen. Und vielleicht werden wir, wenn wir in unserem eigenen Hause demokratische Ordnung halten, für Jugend und Alter sorgen und den sozialen Frieden bewahren, ein bescheidenes Beispiel geben für das Zusammenleben der Völker, für die internationale Verständigung und für den Frieden in der Welt.

- - -



Stadtrat Dr. Otto Glück

=====

11. Dezember (RK) Der Otto Glück wurde am 29. November 1918 als Sohn eines Oberleutnants der Reserve in Linz an der Donau geboren. Er besuchte die Volksschule und das Realgymnasium in Steyr, das er im Jahre 1937 mit der Matura dort beendete. Im selben Jahr begann er in Graz mit dem Medizinstudium und setzte es im Jahre 1938 in Wien fort. Er promovierte in Wien am 28. März 1942 mit ausgezeichnetem Erfolg.

Anschließend arbeitete er bis Mai 1942 in der chirurgischen Universitätsklinik bei Prof. Denk. Einer Kriegsdienstverpflichtung folgend kam er nach Bremen. Dort war er vier Monate an der medizinischen Klinik (Prof. Ströbe), zwei Jahre und vier Monate an der chirurgischen Klinik (Prof. Smith) und drei Monate an der gynäkologischen Klinik (Prof. Hirsch-Hoffmann). Im Mai 1945 kehrte er nach Österreich zurück und bekleidete im Krankenhaus in Kirchdorf an der Krems bei Dr. Jutz eine Assistentenstelle. Von November 1945 bis April 1951 war er an der II. Universitäts-Frauenklinik in Wien bei Prof. Kahr und Prof. Zacherl angestellt.

An dieser Klinik veröffentlichte er auch einige wissenschaftliche Arbeiten. Am 19. Februar wurde ihm der Facharzt durch die Wiener Ärztekammer anerkannt.

Seit 5. Mai 1952 versah er den Dienst als ärztlicher Sekretär des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen und hatte diese Stelle bis 11. Dezember 1959 inne.

Am 2. März 1953 wurde er von der Gemeinde Wien mit der Funktion eines Konsiliarfacharztes für Gynäkologie betraut und leitet seit 1. Juni 1953 ein gynäkologisches Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse im 16. Bezirk.

Im Jänner 1959 wurde er zum Primararzt der gynäkologischen Abteilung der Krankenanstalt zum Göttlichen Heiland bestellt.

- - -



## Stadtrat Anton Schwaiger

=====

11. Dezember (RK) Anton Schwaiger wurde am 3. Juli 1911 als Sohn eines Melkers in Wien geboren. Nach Besuch von fünf Volksschulklassen in Ebbs, Tirol, wo er in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren bei Verwandten Aufnahme gefunden hatte, absolvierte er vier Klassen humanistisches Gymnasium in Wien, 16, Maroltingergasse, trat dann in das Schottengymnasium über und maturierte dort im Jahre 1931. Anschließend betätigte er sich bei den Aktionen "Jugend in Not" und "Jugend am Werk". Dann wurde er 1934 zum Sekretär des "Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend", Bundesverband Wien, bestellt und nach dessen Überführung in die Katholische Aktion war er der Sekretär der Katholischen Jugend Wiens.

1937 trat Schwaiger in die Dienste der Stadt Wien, wo er im Jugendamt tätig war. 1938 legte er an der Universität Wien die Prüfung aus Staatsverrechnungswissenschaften ab. 1939 wurde er aus politischen Gründen entlassen und fand als kaufmännischer Angestellter bei der AEG-Union Beschäftigung, wo er dann bis zur Einberufung zum Militärdienst 1943 als kaufmännischer Leiter mehrerer Bauabteilungen tätig war. Nachdem Schwaiger als Soldat bis 1945 in Holland, Polen, Italien und Ungarn den Krieg mitgemacht hatte, war er wieder kurze Zeit bei der AEG-Union beschäftigt und kam hierauf in das Sozialministerium. Sofort nach 1945 widmete er sich auch wieder der politischen Arbeit und wurde zum ersten Landesjugendführer der Österreichischen Jugendbewegung, Wien, gewählt.

Bei den ersten Wahlen 1945 wurde Schwaiger als Listenführer der ÖVP-Ottakring in den Wiener Gemeinderat entsandt, dem er seither ununterbrochen angehört. 1946 kehrte er wieder als Beamter in das Rathaus zurück, wurde Sekretär des Vizebürgermeisters Weinberger und 1948 zum Amtsrat befördert. 1949 wurde er - wie alle Gemeinderäte, die Magistratsbeamte sind - vom Dienst beurlaubt und übte seither die Funktion des Sekretärs des Klubs der Wiener ÖVP-Mandatare bis zu seiner Berufung zum Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, aus.

Als Gemeinderat ist Schwaiger seit 1945 Mitglied des Wohnungsausschusses und seit 1949 auch Mitglied des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Städtischen Unternehmungen. Er gilt als guter Kenner der Rathausverwaltung und wurde von seiner Fraktion besonders bei heiklen und strittigen Fragen immer wieder als Debattenredner nominiert.



Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

11. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Gemeinderäte waren in dunkler Kleidung erschienen. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß und die Gemeinderäte der FPÖ Abzeichen im Knopfloch.

GR. Jonas übernahm den Vorsitz. Vor Beginn der Konstituierung gedachte er der verstorbenen Gemeinderäte Leopold Glinz und Josef Wiedermann, die jahrzehntelang im Dienste der Wiener Bevölkerung gearbeitet haben.

Leopold Glinz, der am 31. Juli verschieden ist, hat dem Wiener Gemeinderat vom Juli 1946 bis zu den Wahlen im Jahre 1949 und vom Juni 1951 bis zu seinem Tode angehört. Er widmete sich schon in jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung der Eisenbahner und wurde bereits im Jahre 1926 zum Obmann der Verkehrsexekutive des Franz Josefs-Bahnhofes gewählt. 1934 wurde seine gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Februarereignisse unterbrochen, er wurde vom Dienst suspendiert. Ab dem Jahre 1945 bekleidete er wieder verschiedene hohe Funktionen innerhalb der Gewerkschaft der Eisenbahner. Die Kenntnisse, die er sich während dieser Zeit erworben hat, waren maßgebend für seine Wahl in den Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform sowie in die Gemeinderätliche Personalkommission im Jahre 1954. Außerdem war er Mitglied der Gemeinderatsausschüsse für Gesundheitswesen und für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Am 22. November wurde Josef Wiedermann, nachdem er bereits von seiner neuerlichen Wahl in den Gemeinderat in Kenntnis gesetzt worden war, vollkommen unerwartet aus seiner vielfältigen Arbeit für die Wiener Bevölkerung abberufen. Ihre Sorgen und Bedürfnisse hat er als Sohn einer kinderreichen Arbeiterfamilie und später als Vorstandsmitglied des Vereines Arbeiterheim Döbling, als Personalvertreter der städtischen Badewarte und in vielen anderen Funktionen gründlich kennengelernt und wurde deshalb in den Jahren 1945, 1949 und 1954 in den Gemeinderat



entsendet. Während diesen 14 Jahren gehörte er den Gemeinderatsausschüssen für Finanzwesen, Bauangelegenheiten und Öffentliche Einrichtungen als Mitglied, dem Ausschuß für Gesundheitswesen als Vorsitzender-Stellvertreter und dem Ausschuß für Baupolizeiliche und sonstige technische Angelegenheiten in der letzten Funktionsperiode als dessen Vorsitzender an. In all seinen Funktionen zeichnete er sich durch seine ruhige und überlegte Handlungsweise, seinen unermüdlichen Arbeitswillen und stete Hilfsbereitschaft aus.

Er erfreute sich dadurch großer Beliebtheit, vor allem bei der Bevölkerung Döblings, seines Wohnbezirkes, und wurde innerhalb der Gemeindeverwaltung als Mensch und als Mitglied dieses Hauses geachtet.

Die Gemeinderäte hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben und die Worte der Gedenkens stehend angehört.

In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst die Gemeinderäte Mistingner (SPÖ) und Bittner (ÖVP) als provisorische Schriftführer bestellt. Die Mitglieder des neugewählten Wiener Gemeinderates leisteten sodann das Gelöbnis "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und ihre Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen."

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zunächst die Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt. Ein von GR. Dr. Stemmer gestellter Antrag, die Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Eine Ausnahme bildet die Wahl des Bürgermeisters, die mittels Stimmzettel erfolgt. Als Vorsitzende des Gemeinderates wurden ohne die Stimmen der FPÖ und der KLS gewählt: von der SPÖ Franz Jonas, Bruno Marek, Helene Potetz und Karl Fürstenhofer, von der ÖVP Ing. Arch. Johann Lust und Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl.

#### Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Als Wahlprüfer fungierten die Gemeinderäte Dr. Bohmann (SPÖ), Haim (ÖVP), Neset (FPÖ) und Hausner (KLS). Der Vorsitzende stellte fest, daß die Wahlurne leer ist und läßt



die einzelnen Gemeinderäte durch die Schriftführer zur Stimmenabgabe aufrufen. Nachdem alle Abgeordneten ihre Stimmzettel abgegeben hatten, unterbricht GR. Marek für kurze Zeit die Sitzung, um die abgegebenen Stimmen zählen zu lassen. Von den 100 abgegebenen Stimmen lauteten 90 auf Gemeinderat Jonas, zwei waren Splitterstimmen und acht Stimmzettel waren leer. Franz Jonas ist somit auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewählt. Die Gemeinderäte der SPÖ und der ÖVP hatten sich von ihren Sitzen erhoben und spendeten der Wiederwahl von Bürgermeister Jonas starken Beifall. Bürgermeister Jonas gab sodann die Erklärung ab, die Wahl anzunehmen.

Nachdem Bürgermeister Jonas sein Gelöbnis abgelegt hatte, nahm der Gemeinderat eine Reihe weiterer Wahlen zur Konstituierung vor.

Zu Schriftführern wurden die Gemeinderäte Leopold Mistingher, Maria Hirschler, Maria Hlawka und Josef Windisch (SPÖ) sowie Franz Walzer und Heinrich Kowarsch (ÖVP) gewählt.

#### Die Wahl der Stadträte

Zu Stadträten wurden gewählt: Franz Glaserer, Kurt Heller, Maria Jacobi, Franz Koci, Hans Mandl, Hans Riemer, Rudolf Sigmund, Felix Slavik (SPÖ) und Franz Bauer, Dr. Otto Glück, Karl Lakowitsch und Anton Schwaiger (ÖVP).

Zu Vizebürgermeistern wählte der Gemeinderat die Stadträte Felix Slavik und Hans Mandl.

Hierauf wurde die Zahl der Verwaltungsgruppen mit zwölf festgesetzt.

Sodann wurden die Gemeinderatsausschüsse eingesetzt. Diese Kollegien werden jeweils 12 Mitglieder umfassen, von denen acht der SPÖ und vier der ÖVP angehören.

Weiter wählte der Gemeinderat zwölf Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission, neun Mitglieder und neun Ersatzmitglieder des Disziplinarkollegiums, 14 Mitglieder in den Vorstand, drei Mitglieder des Überwachungsausschusses und den Vorsitzenden und zwei Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien, neun Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes, drei Mitglieder des Beirates der Neuen Wiener Wohnbauaktion und vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder für die Disziplinarkommission für die Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen.



Nach einer kurzen Unterbrechung, während der der neue Stadtsenat beriet, gab Vorsitzender GR. Marek den Vorschlag des Stadtsenates zur Besetzung der Verwaltungsgruppen bekannt:

- Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Stadtrat Hans Riemer;
- Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, Vizebürgermeister Felix Slavik;
- Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, Vizebürgermeister Hans Mandl;
- Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, Stadtrat Maria Jacobi;
- Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, Stadtrat Dr. Otto Glück;
- Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, Stadtrat Kurt Heller;
- Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Stadtrat Karl Lakowitsch;
- Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Franz Koci;
- Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Stadtrat Franz Glaserer;
- Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, Stadtrat Franz Bauer;
- Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Stadtrat Rudolf Sigmund;
- Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Anton Schwaiger.

Hierauf ergriff Bürgermeister Jonas zu einer grundsätzlichen Erklärung das Wort. (Die Rede des Bürgermeisters brachten wir bereits auf den Seiten 2420 bis 2435 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz".)

#### Die Erklärungen der Parteien

Nach der Rede des Bürgermeisters sprach als erster Redner GR. Lauscher im Namen der Fraktion der Kommunisten und Linksozialisten (KLS). Er führte aus, daß nach den Wahlen im Mai eine Teuerungswelle eingesetzt habe. Es werde zu den ersten Aufgaben des Wiener Gemeinderates gehören, dafür einzutreten, daß die arbeitende Bevölkerung einen größeren Anteil an der Konjunktur erhält. Die Kommunisten wenden sich jedenfalls energisch gegen alle Maßnahmen, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung bedeuten könnten. Sie sind gegen die geplanten Tarifierhöhungen bei Bahn und Post und ebenso gegen die beabsichtigten Tarifierhöhungen bei den Stadtwerken. Es sei auch unmöglich, eine Erhöhung der Mietzinse ins Auge zu fassen.



Die Wirtschaftskonjunktur bringt der Gemeinde die Möglichkeit, brennende Probleme zu lösen. Am dringendsten ist noch immer die Wohnungsfrage. Um die Wohnungsnot zu überwinden, wäre die Verstärkung des sozialen Wohnbaues notwendig, die Beseitigung des Wohnungswuchers, ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz, ein zentraler Reparaturfonds und eine gerechte Entschädigung für die Bombengeschädigten und für die Opfer des Faschismus sowie Förderungsmaßnahmen für die Siedler.

Der Redner tritt auch für einen Einheitstarif von 2.20 S ein, der für Straßenbahn, Autobus und Schnellbahn gelten soll. Vor allem der Ausbau der Schnellbahn wäre vordringlich.

Um das Leben der arbeitenden Frauen zu erleichtern, verlangt GR. Lauscher mehr Säuglingskrippen, Kindergärten und Horte, genügend Heimschulen und mehr Lehrwerkstätten. Auch sollten Klubräume für die heranwachsende Jugend in den Wohnhausanlagen der Gemeinde geschaffen werden, um den Einfluß der Straße entgegenzuwirken. Überhaupt gehöre die mangelnde Bekämpfung von Schmutz und Schund zu den negativsten Erscheinungen der Wiener Gemeindepolitik. Eine zweite Schulreform wäre notwendig, damit alle Fähigkeiten und Talente sich voll entfalten können. Das Stipendienwesen müßte großzügig erweitert werden.

Wir sind für Europa, fuhr der Redner fort, aber nicht für ein Rumpfeuropa. Hier hat Wien die Aufgabe, ein Mittler der kulturellen Leistungen zu sein und die Wiener Jugend mit den großen Werken der Geisteswelt aus Ost und West vertraut zu machen.

Unser Gesundheitsdienst ist dringend ausbaubedürftig, und vor allem die Spitalsbettennot müßte endlich beseitigt werden. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde durch die oftmaligen Verschiebungen zu einer Farce erniedrigt. Unsere Krankenschwestern brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Den alten Wienern soll ein schöner und sorgenfreier Lebensabend bereitet werden. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Erhöhung der Renten ein.

Von der Gemeinde Wien verlangt er ferner verschiedene Maßnahmen auf personalrechtlichem Gebiet und in der Finanz- und Tarifpolitik. Heute sind jedenfalls günstige Voraussetzungen dafür gegeben, eine weitblickende soziale Gemeindepolitik durchzuführen. Wenn die demokratische Entwicklung Wiens nicht ernsthaft bedroht erscheint, so hat das seine Ursache nicht nur in den



Friedenswillen der Völker, sondern auch in den großartigen Erfolgen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, für die das Bemühen, den Frieden zu sichern, eine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommunisten haben schon bisher in diesem Sinne gewirkt. Auch die Stadt Wien hat viele Möglichkeiten, im Interesse des Friedens zu wirken. Die Neutralität unseres Landes gibt uns dazu die besten Möglichkeiten. Der Redner begrüßt, daß Österreich nicht der EWG beigetreten ist, meint aber, daß der Beitritt zur Kleinen Freihandelszone den Interessen unseres Landes nicht entspricht. Eine unabhängige österreichische Wirtschaftspolitik könnte unseren Handel mit West und Ost zu unserem größten Vorteil entwickeln.

Der Redner wendet sich dann gegen die FPÖ, die er als Interessenvertreter des westdeutschen Imperialismus bezeichnet. (Gegenrufe bei der FPÖ: "Sie haben keine Ahnung!")

In der heute beginnenden Tätigkeitsperiode werden wir uns noch mit vielen wichtigen Problemen unserer Stadt beschäftigen. Die Kommunisten treten für die Verstärkung der Gemeindeautonomie ein, gegen die Beschränkung der Steuerhoheit, für die Erweiterung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen und für die Demokratisierung der Wahlordnung. Die Fünf-Prozent-Klausel bringt keine wirkliche Wahlgerechtigkeit. Die Sozialisten bleiben auch in der neuen Periode mit der Volkspartei in der Koalition. Weinberger wurde zwar abserviert, aber man hat der ÖVP einen besonderen Gefallen erwiesen und ihr als Trost für ihre Wahlniederlage den zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter geboten. (Stadtrat Lakowitsch: "Entspricht der Verfassung!") Das bestätigt, was wir vor der Wahl gesagt haben, daß die Verluste der ÖVP und der Gewinn der Sozialisten keine wirkliche Änderung bringen. Die FPÖ wird im Wiener Gemeinderat Opposition spielen. Am liebsten wäre sie aber auch in Wien der dritte Koalitionspartner geworden.

Abschließend bekannte sich GR. Lauscher zu den Grundsätzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik. Als einzige echte Opposition in diesem Haus werden wir wie bisher das Recht der arbeitenden Bevölkerung auf ein besseres Leben mit Nachdruck vertreten.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) vertritt die Meinung, die Freiheitliche Partei sei die einzige demokratische Opposition im Wiener



Gemeinderat. Eine andere gebe es nicht, weil jenen, die sich bisher als Oppositionspartei gebärdeten, der Charakter des Demokratischen fehlt. Für seine Fraktion seien die Ausführungen des GR. Lauscher daher auch keine Beleidigung. Sie wisse, daß die Kommunisten jeden, der nicht ihrer Meinung ist und der ihre Politik in Ungarn, Ostdeutschland und so weiter mißbilligt, als Faschist und Neonazi titulieren. Die Freiheitliche Partei vertrete acht Prozent der Wiener Bevölkerung und wenn sie mit einer geringeren Anzahl von Mandaten im Wiener Gemeinderat vertreten ist, dann sei dies nur auf das Wahlgesetz zurückzuführen. Der Ausbau der Demokratie in Wien würde eine Änderung des Wahlrechtes erfordern. Die FPÖ sei auch nicht der Ansicht, daß die von Bürgermeister Jonas besonders betonte Zusammenarbeit der beiden großen Parteien einen Vorteil für Wien biete. Es gebe bekanntlich auch ein Zuviel an Koalition. In Wien wäre eine klare sozialistische Mehrheit vorhanden und es sei daher nicht einzusehen, warum hier eine Koalition notwendig ist. Umso verwunderlicher sei diese Koalition auch, wenn man bedenkt, wie verschieden die Wahlprogramme der beiden Parteien waren. Die Aufteilung der einzelnen Verwaltungsgruppen sei leider nicht nach den technischen Gegebenheiten erfolgt, sondern ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Koalition. So könnten zum Beispiel die Agenden der Verwaltungsgruppe VII ohne weiteres teils von der Gruppe VI und teils von der Gruppe VIII erledigt werden. Der Redner erhebt die Forderung, den Text des Koalitionspaktes zu veröffentlichen. Die Wiener Bevölkerung habe ein Recht, diese Abmachung kennenzulernen. Zu den Ausführungen des Bürgermeisters über das Programm der nächsten Jahre werde während der kommenden Budgetdebatte ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme sein. Die Freiheitlichen haben nicht die Absicht, nach dem Vorbild eines Abgeordneten des alten österreichischen Reichsrates zu handeln, der sagte: "Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie". Die Freiheitlichen seien bereit das anzuerkennen was gut ist, sie werden aber stets Kritik üben an dem, was schlecht ist. Das Ergebnis der Arbeit der Gemeindeverwaltung während der letzten Jahre sei nicht überall befriedigend gewesen. So ist die Wohnungsnot noch immer drückend, die Ablösen für Altwohnungen steigen ins Unendliche, die Spitalsbettennot wurde nicht behoben und das Verkehrsproblem ver-



schärft sich immer mehr.

Abschließend zitiert der Redner einen Ausspruch des seinerzeitigen Bundespräsidenten Dr. Renner, der die Politiker Österreichs dazu ermahnte, "die Meinung der Opposition nicht zu bagatellisieren und von vornherein als nichtig abzutun". Ohne Opposition gibt es nun einmal keine Demokratie und auch die Opposition meint es ernst mit unserer Heimatstadt und mit unserer Heimat Österreich. Der Redner kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Lauscher zurück und stellt fest, daß sich seine Fraktion natürlich zur deutschen Nation bekennt; in dieser Beziehung sei sie einig mit den großen Staatsmännern der Vergangenheit, wie Otto Bauer und Ignaz Seipel. Das ändert jedoch nichts daran, daß sich die Freiheitliche Partei genauso zu unserer Heimat Österreich und zu ihrer Eigenständigkeit bekennt, daß sie sich ferner zu einem Vereinten Europa der Zukunft bekennt, das allerdings nicht durch Reden, sondern nur durch entsprechende Maßnahmen aufgebaut werden kann. Seine Partei sehe mit Besorgnis in die Zukunft angesichts des nicht wegzuleugnenden kulturellen Verfalles, des Verfalles der Werte und der großen wirtschaftlichen Probleme, die uns in der Zukunft bevorstehen werden. Die Freiheitliche Partei wird ihr Bestes dazu tun, um an der Lösung dieser Probleme im Wiener Gemeinderat mitzuarbeiten.

Stadtrat Lakowitsch sprach im Namen der Österreichischen Volkspartei. Er führte unter anderem aus: "Mit der heutigen Konstituierung des Gemeinderates beginnt eine neue Periode der nach demokratischen Grundsätzen gewählten Volksvertretung in Wien. Sie findet für ihre Tätigkeit wesentlich andere Bedingungen vor als dies am Beginn der abgelaufenen Funktionsperiode des Gemeinderates im Dezember 1954 der Fall war. Damals war unser Land und diese Stadt noch von vier Militärmächten besetzt und unsere Freiheit nur fiktiv. Durch den Abschluß des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungsmächte erlangte unser Land und unsere Stadt erst die wirkliche Freiheit wieder. Unter dieser Voraussetzung kann nun der neugewählte Gemeinderat seine Tätigkeit beginnen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den beiden aus dem Stadtsenat ausgeschiedenen Mitgliedern unserer Partei, Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dkfm. Nathschläger, den herzlichsten Dank für ihre im Interesse der Stadt geleistete Arbeit aus-



sprechen. (Beifall)

Im Jahre 1945 wurde die Verfassung der Stadt Wien in der Fassung vom Jahre 1931 wieder in Kraft gesetzt. Sie ist also nicht jüngsten Datums, und vielleicht mag es darauf zurückzuführen sein, daß sie noch Bestimmungen enthält, die mit unserer heutigen Auffassung von Demokratie zum Teil im Widerspruch stehen. Enthält sie doch Bestimmungen, die dem jeweiligen Bürgermeister Möglichkeiten und Macht in die Hand geben, die in einem demokratisch geordneten Gemeinwesen kaum eine Berechtigung haben. Sie enthält aber auch Bestimmungen, die der stärksten Partei in diesem Haus Rechte einräumen, die sich sehr nachteilig auch für starke Minderheiten auswirken. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die verschiedenen Bürgermeister der Stadt Wien, die seit dem Jahre 1945 dieses Amt bekleideten, von diesen Bestimmungen kaum Gebrauch gemacht haben.

Die zweite Grundlage unserer Tätigkeit als Wiener Gemeinderat, die Geschäftsordnung, die wohl auch schon aus dem Jahre 1928 stammt, atmet weit mehr demokratischen Geist als die Verfassung.

Und nun zur Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien. Von ihr kann man auch nicht behaupten, daß sie zweckmäßig ist, daß sie einer einfachen Verwaltung Rechnung trägt, daß sie unnütze Arbeit, wie umständlichen Aktenlauf und ähnliches, verhindert, Doppelgeleisigkeiten vermeidet, kurz gesagt, einer zweckmäßigen Verwaltung Rechnung trägt. Man sollte sich der Mühe unterziehen, sie gänzlich zu überarbeiten und dabei mehr Augenmerk auf Zweckmäßigkeit als politische Macht legen.

Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Wiener Gemeinderat werden ihre Tätigkeit in der nun begonnenen Funktionsperiode unter die Verpflichtung stellen, die ihnen 332.000 Männer und Frauen in dieser Stadt durch die Abgabe ihrer Stimme für die Österreichische Volkspartei auferlegt haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit all diesen Männern und Frauen für das erwiesene Vertrauen danken. Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, durch unsere Tätigkeit dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber nicht an einer bedauerlichen Erscheinung, die bei den letzten Wahlen zu Tage getreten ist, vorbeigehen. Das ist die große Zahl der Nichtwähler. Sie läßt den Schluß zu, daß es in großen Kreisen der Bevölkerung



am Interesse für kommunalpolitische Fragen mangelt. Der neu-gewählte Gemeinderat wird hier vor der Aufgabe stehen, durch seine Tätigkeit dieses Interesse zu wecken.

Und nun zu den ganz großen Problemen, die dringend eine Lösung erfordern. In erster Linie die Schaffung von Wohnraum, um damit die Obdachlosigkeit zu beseitigen, Menschen, die noch in schlechten Wohnungen leben müssen, in den Besitz lichter und gesunder Wohnungen zu setzen, und wir bekennen uns daher zu einer Fortführung des sozialen Wohnbaues. Das große Problem, das im Gefolge dieser so errichteten Wohnungen aufscheint, ist das einer gerechten Vergabe. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dies niemals nur durch einen Politiker vorgenommen werden kann, sondern daß hier ein überparteiliches Forum über die Zuweisung von solchen Wohnungen nach rein objektiven Gesichtspunkten und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden hat. (Beifall bei der ÖVP.) Wir bekennen uns aber auch dazu, daß alle Bauwilligen in ihren Bestrebungen Wohnraum zu schaffen, weitgehendst zu fördern sind durch die Gewährung von Bausparprämien, Steuerbegünstigungen, aber auch durch Vergabe von Baurechten auf Liegenschaften, die sich im Besitz der Stadt Wien befinden. Man wird mir hier vielleicht entgegenhalten, daß eine unerläßliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz seien. Wir haben auch hiezu immer unseren Standpunkt eindeutig bekanntgegeben. Wir verurteilen eine durch nichts zu rechtfertigende Bodenpreisspekulation und werden bei der Abwehr einer solchen jederzeit zu einer Zusammenarbeit bereit sein. (Beifall.) Allerdings dürfen die dadurch notwendigen Maßnahmen nicht so beschaffen sein, daß sie nur einem Teil oder einer Stelle, gleichgültig, ob dem Staat oder einer Stadt, zugute kommen. Auch hier gleiche Voraussetzungen und gleiches Recht aller Bürger vor dem Gesetz und Achtung des persönlichen Eigentums.

Die zweite große Aufgabe, mit der wir uns befassen werden müssen, ist das Verkehrsproblem. Ich weiß, daß die Entwicklung des Verkehrs ein solches Tempo angenommen hat, daß ein Großteil der erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig wirksam werden kann. Aber gerade dadurch ergibt sich die Notwendigkeit, weit vorausschauend zu planen. Nicht zuletzt ist ja auch das Verkehrs-



problem eine der Ursachen gewesen, daß sich die Stadt Wien einem Stadtplaner verschrieben hat. Meines Wissens war eine der ersten Aufgaben, die ihm gestellt wurden, die, einen Generalverkehrsplan vorzulegen. Noch haben wir diesen nicht zu Gesicht bekommen. Mag sein, daß ein Zeitraum von eineinhalb Jahren noch nicht ausreichend ist, um einen solchen brauchbaren Plan zu erstellen, aber so lange ein solcher nicht besteht, werden alle nachfolgenden Planungen nur sehr schwierig durchzuführen sein. Nicht entscheidend ist die Frage, ob Kurzparkzone oder Parkometeruhren, entscheidend ist das Schaffen der nötigen Verkehrsflächen. Und hier wird wohl unausbleiblich sein, daß man ersthaft an die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene herangehen wird müssen. Der Österreichische Städtebund hat im September eine verkehrstechnische Studienreise gemacht, die ihn in eine Reihe von Städten geführt hat. Der darüber vorliegende Bericht enthält einzelne interessante Feststellungen, so zum Beispiel bei der Stadt München: an dieser Stelle ist der Ausbau einer zweiten Ebene durch Verlegung der Massenverkehrsmittel unter die Erde in Zukunft vorzusehen. Bei der Stadt Frankfurt: es ist vorzusehen, in der City das Massenverkehrsmittel in die zweite Ebene zu legen. Diese Feststellungen, die von wirklichen Fachleuten frei von jeder politischen Bindung getroffen wurden, können doch wohl kaum überhört werden.

Bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Stadtplanung. Bekanntlich wurden dem Stadtplaner drei Jahre Zeit zur Erstellung seines Planes gegeben. Daß innerhalb der Planungsjahre das Leben in dieser Stadt weitergehen muß und durch beabsichtigte Planungsmaßnahmen nicht behindert werden darf, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Ist doch die Stadt einem lebenden Organismus zu vergleichen, von dem man nicht einzelne Teile, wenn auch nur vorübergehend, zum Tode verurteilen kann. Unsere derzeitige Bauordnung für die Stadt Wien sieht die Möglichkeit vor, daß in Planungsgebieten eine zweijährige Bausperre verhängt wird, die um zweimal je ein weiteres Jahr verlängert werden kann und somit eine Dauer von vier Jahren erreichen kann. Von dieser Bestimmung darf man aber nur sehr sparsam und in den unerlässlichsten Fällen Gebrauch machen.

Hinsichtlich des Wohlfahrtswesens vertreten wir den Stand-



punkt einer grundsätzlichen Änderung des Fürsorgesystems. Die Betreuung alter und kranker Leute hätte vorwiegend individuell durch private Organisationen zu geschehen, denen allerdings eine beträchtliche Förderung aus öffentlichen Mitteln zukommen müßte. Erst wenn diese individuellen Betreuungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, soll die Fürsorge in Anstalten der Gemeinde Wien subsidär einsetzen. Im Gesundheitswesen sind alle bisherigen Maßnahmen sinnvoll fortzusetzen, nicht nur im Interesse der kranken Bevölkerung, sondern auch in der Abwehr der Erkrankung gesunder Menschen. Eine Vermehrung der Spitalsbetten, die Errichtung von Spitalsneubauten sind unerläßliche Notwendigkeiten. Wir wollen hoffen, daß nun auch der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses möglichst bald in ein konkretes Stadium tritt.

In der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels als Luftreservoir unserer Stadt erblicken wir ebenfalls eine unerläßliche Maßnahme im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung.

Daß Wien im Hinblick auf seine große kulturelle Tradition der Kulturpolitik besonderes Augenmerk zuzuwenden hat, darf wohl als Selbstverständlichkeit angenommen werden. Dabei ist es mit der Pflege des Erbes allein nicht getan. Im Bewußtsein dieser Tradition und Aufgabe ist es kaum zu verantworten, daß immer wieder ein anderes Theater der Spitzhacke zum Opfer fällt, ohne daß dafür an seiner Stelle neue Kulturstätten errichtet werden.

Eine kulturelle Aufgabe ist aber auch die Sorge um die Erhaltung des alten historischen Stadtbildes von Wien.

Die gegenwärtige Personalpolitik im Wiener Rathaus ist ebenfalls ein Kapitel, über das man kaum sprechen kann, ohne Kritik üben zu müssen. Immer mehr macht sich in der Bevölkerung ein Unbehagen bemerkbar, hervorgerufen durch die Art und Weise der Stellenbesetzung. Wir können uns kaum einen ernstlichen Grund vorstellen, der das Personalreferat der Gemeinde daran hindert, die zu besetzenden Stellen öffentlich auszuschreiben.

Zu einem Sorgenkind der Bevölkerung Wiens sind die Unternehmungen der Stadt Wien geworden. Wir bekennen uns hier zu der Auffassung, daß gewisse Gemeindebetriebe im Interesse der Allgemeinheit von der Gemeinde geführt werden müssen, aber wir lehnen überall dort eine Führung durch die Gemeinde ab, wo dieses allge-



meine Interesse nicht besteht und wo die Privatwirtschaft zweifelsohne bessere Leistungen und damit bessere Erfolge erbringen könnte.

Wir begrüßen daher den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien, denn es kann doch niemals Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, Bier zu brauen.

Die im Besitz der Gemeinde Wien verbleibenden Betriebe müssen sauber und rationell geführt werden. Gas- und E-Werk haben die Kriegsschäden überwunden und bereiten weder in wirtschaftlicher noch finanzieller Hinsicht große Schwierigkeiten. Das große Sorgenkind der Stadtwerke sind nach wie vor die Verkehrsbetriebe. Wir wollen aber hoffen, daß bei weiterem Anhalten der derzeitigen günstigen wirtschaftlichen Situation erforderliche Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Wir freuen uns, hier feststellen zu können, daß unseren langjährigen Forderungen nach anderen Finanzierungsmethoden, nämlich solchen, die nicht nur einer Generation allein aufgelastet werden, endlich Rechnung getragen wurde.

Die Ankündigung des Herrn Bürgermeister, bei den Verkehrsbetrieben ein einheitliches Tarifsystern einzuführen und damit für die Bevölkerung der Außenbezirke eine Erleichterung zu schaffen, nehmen wir gerne zur Kenntnis. Auch wir sind der Meinung, daß alle Bürger dieser Stadt eine gleichmäßige Behandlung finden sollen, auch wenn sie in jenen Teilen wohnen, die ehemals Randgemeinden waren.

Nach diesen Gemeinderatswahlen ist die Österreichische Volkspartei vor der Frage gestanden, ob die im Jahre 1945 begonnene Zusammenarbeit mit der Mehrheitspartei dieses Hauses in der bisherigen Form aufrechterhalten werden soll. Wir haben uns dazu entschlossen und ich darf einiges über die Gründe, die uns dazu bewogen haben, sagen:

Die Tatsache, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage im Spannungsfeld der internationalen Weltpolitik steht und daß Wien nicht zum ersten Male in seiner ruhmreichen Geschichte zur östlichsten Stadt der freien Welt und damit zu einer Bastion der Freiheit wurde, hat uns zu einer weiteren Zusammenarbeit bestimmt. Denn nur in einer wahren Zusammenarbeit in der Führung unseres Landes und unserer Stadt kann allen wirklich gedient



werden. Mitarbeiten an den Problemen, ringen um die besten Lösungen, sind die bestimmenden Momente für unsere künftige Tätigkeit. Allerdings muß es eine wirkliche Zusammenarbeit sein, eine Zusammenarbeit im demokratischen Geist, wo sich der Starke nicht als Befehlender und der Schwache nicht als Befehlsempfänger fühlen darf.

Alles für eine sachliche Kritik, aber auch ebenso alles gegen eine destruktive Opposition.

Nichts darf bloß deshalb abgelehnt werden, weil es von der Minderheit vorgeschlagen wird. Wenn die Zusammenarbeit von solchen Überlegungen geleitet sein wird, wird sie ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung der Freiheit sein. Beiderseits guter Wille und ehrliche Partnerschaft werden es in mündlicher Diskussion ermöglichen, Gegensätze auszugleichen. Sie so rechtzeitig auszugleichen, daß es nie mehr dazu kommt, daß in diesem Lande und in dieser Stadt der Bruder gegen den Bruder aufsteht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Das soll nicht heißen, daß nicht jeder mit allem Eifer und mit allen Argumenten für seine Sache und den Auftrag seiner Wählerschaft eintritt. Nur wenn es uns gelingt, die Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gestalten, werden wir in der Lage sein, die großen Probleme, vor deren Lösung diese Stadt steht, sinnvoll und zur Zufriedenheit zu verwirklichen. Bei allen Überlegungen, die wir anstellen, bei allen Handlungen, die wir vornehmen, muß eines im Mittelpunkt stehen und das ist der Mensch und seine Würde. Alles für unser ewig junges, unser heißgeliebtes Wien." (Beifall.)

Vizebürgermeister Slavik sprach für die Sozialistische Fraktion. Er führte aus: In der größten Not nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in dieser Stadt der Zerstörung, des Hungers und des Elends die Verantwortung zu übernehmen, war für keine Partei leicht. Die Sozialisten haben sich, gestützt auf die Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiet aus der Zeit der Ersten Republik, schon vom ersten Tag an der Stadt zur Verfügung gestellt und die Hauptverantwortung für den Wiederaufbau dieser Stadt übernommen. Seinerzeit die Sozialdemokratische Partei und dann die Sozialistische Partei konnten dieser Stadtverwaltung große Kommunalpolitiker zur Verfügung stellen.



Unter der Führung einer starken sozialdemokratischen Mehrheit ist in der Ersten Republik aus der damals vermeintlich sterbenden Stadt wieder ein blühendes Gemeinwesen geworden. Nach 1945 fanden wir eine Stadt vor, die schwerste Kriegsschäden aufzuweisen hatte, an die wir uns heute kaum noch erinnern. Vergleichen wir heute das Bild unserer Stadt mit dem aus jenen Tagen, dann können wir ermessen, welche unerhört große Arbeit in den vergangenen 14 Jahren geleistet wurde. Ich glaube, daß die Anerkennung der Bevölkerung allgemein ist, gleichgültig welcher Partei der einzelne angehört. Es kann heute wohl kaum einen Wiener geben, der auf dem Standpunkt steht, es ist planlos, es ist nicht zielstrebig gearbeitet worden. Darum ist es zu bedauern, daß im "Kleinen Volksblatt" am 5. Dezember dieses Jahres zu lesen war: Die Rathausmehrheit wird ihre Politik im alten Schlendrian weiterführen. In dieser Form sollte die Bevölkerung nicht informiert werden. Es ist auch nicht gut für die ÖVP selbst, denn wer sollte eine solche Meinungsäußerung als wahr hinnehmen. Vergessen wir doch nicht, daß unsere Bevölkerung mit uns gearbeitet, mit uns gedacht, mit uns verantwortet hat und daß sie, unabhängig davon, zu welcher Partei sie sich weltanschaulich zählt, stolz darauf ist, was in Wien in den letzten 14 Jahren geleistet wurde.

Der Erfolg war ausschließlich ein Wiener Erfolg, die Leistung war ausschließlich ein Erfolg der Wiener Bevölkerung. Deshalb sind alle Behauptungen, daß der Bund der Stadt Wien Geld zur Verfügung stellt, wie dies erst am 4. Dezember die "Österreichische Neue Tageszeitung" erklärte, völlig aus der Luft gegriffen.

Zuerst galt es 1945 die ärgsten Schäden zu beseitigen und die ärgste Not zu lindern, dann erst konnte langsam mit dem Aufbau begonnen werden. Heute dürfen wir feststellen, daß wir nicht nur die Kriegsschäden im wesentlichen behoben haben, sondern daß allein die Stadt Wien 56.000 neue Wohnungen geschaffen hat. Auf diese Leistungen dürfen wir wirklich stolz sein. (Beifall bei der SPÖ.) Nach Überwindung der großen Schwierigkeiten ist die Stadt Wien auch drangegangen, große Neuschöpfungen auszuführen. Der Wasserspeicher am Steinfeld ist eines der größten Bauwerke, das auf diesem Gebiet geschaffen wurde. Es entstanden neue



Schöpfungen, so das Museum der Stadt Wien, die Stadthalle, die Körperbehindertenschule und andere. Auch bedeutende Verkehrsbauten wurden ausgeführt. Die Mariahilfer Straße, der Gürtel, die Kreuzung beim Ringturm, der Südtiroler Platz und viele andere Straßen und Plätze wurden umgebaut. Unsere besondere Obsorge haben auch die Grünflächen gefunden, die nicht nur von den Wienern, sondern auch von Besuchern aus aller Welt bewundert werden.

Über all diesen großen Leistungen stand für uns die Sorge mitzuhelfen, daß unsere Industrie und unser Gewerbe dauernd Aufträge bekommen und wir in die Lage versetzt werden, die Vollbeschäftigung in unserer Stadt zu erhalten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Und als in einer kritischen Situation vor etwa zwei Jahren eine Wirtschaftskrise zu kommen drohte, hat sich der Gemeinderat zu einem großen Investitionsprogramm entschlossen. 2 Milliarden wurden zusätzlich der Wirtschaft zur Verfügung gestellt, und wir dürfen stolz darauf sein, daß in einer Zeit, in der in anderen Ländern, auch in unserem Bundesgebiet, die Arbeitslosigkeit stieg, bei uns in Wien die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden konnte.

Infolge der großen Leistungen in den ersten 14 Jahren stand die Wiener Bevölkerung mit immer mehr Liebe zu ihrer Heimatstadt und zu ihrem Heimatland. So hat gerade der Oktober 1950 bewiesen, daß Österreich, und vor allem Wien, zu einem Hort der Freiheit geworden ist, und so hat gerade Wien in diesen kritischen Tagen einen entscheidenden Beitrag zum Abwehrkampf gegen die Diktaturgelüste geleistet. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Da mutet es etwas komisch an, wenn in der "Österreichischen Neuen Tageszeitung" vom 10. Dezember steht, daß die Mandatäre der Volkspartei im Wiener Rathaus um ihr Amt wahrlich nicht zu beneiden seien, da es ihnen obliege, den enger gewordenen Raum der Freiheit in dieser Stadt gegen die massierten Angriffe des sozialistischen Kollektivismus zu verhindern. (Hört, Hört-Rufe bei der SPÖ.)

Die Leistungen der Sozialistischen Partei haben den Sozialisten am 25. Oktober eine neuerliche Stärkung gebracht. Die Sozialisten verfügen nun im Wiener Gemeinderat über 60 Mandate. Der Abstand zur zweitstärksten Partei beträgt 27 Mandate.



Wenn von verschiedenen Seiten Kritik an der Fünf-Prozent-Klausel geübt wurde, ist dazu zu sagen, daß die Sozialisten der Meinung waren, daß ein Gemeinderatsmandat leichter zu erreichen sein müsse als ein Nationalratsmandat. Dadurch sollen auch jene Parteien, die eine gewisse Stärke erreicht haben, in diesem Hause vertreten sein können. Es sei nicht überraschend, daß sich GR.Lauscher in seiner heutigen Rede hauptsächlich mit Bundesproblemen beschäftigt habe, ist doch seine Partei im Nationalrat nicht mehr vertreten. Er benützt daher dieses Forum, um auch über parlamentarische Probleme zu sprechen. Wenn Kritik daran geübt wurde, daß die Stadt Wien den Schnellbahnbau den Österreichischen Bundesbahnen überläßt, ist zu sagen, daß die Gemeindeverwaltung auf fremdem Eigentum nicht bauen könne. Die Stadt Wien habe sich jedoch bereiterklärt, den Österreichischen Bundesbahnen über das Finanzministerium die notwendigen Gelder in Höhe von 685 Millionen Schilling vorschußweise gegen eine Verzinsung mit  $3 \frac{1}{2}$  Prozent zur Verfügung zu stellen. Von den Vertretern der Österreichischen Volkspartei wird immer die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene gefordert. Wien verfügt aber bereits durch die Stadtbahn über eine zweite Verkehrsebene und finanziert nun auch den Schnellbahnbau. Der Vizebürgermeister richtet in diesem Zusammenhang an Stadtrat Lakowitsch die Bitte, den Finanzminister wenigstens dazu zu bewegen, die Vorfinanzierung durch die Gemeinde Wien anzunehmen. Der Finanzminister hat nämlich abgelehnt, diese Vorfinanzierung weiter zuzulassen. Durch diese Maßnahme würde der Schnellbahnbau um mindestens ein Jahr verzögert werden.

Die Ausführungen des Stadtrates Lakowitsch haben von einer sehr beschränkten Zusammenarbeitsbereitschaft gezeigt. So sagte der Stadtrat, daß seine Fraktion deshalb mit den Sozialisten zusammenarbeite, "weil Österreich hier an der östlichsten Grenze der freien Welt liegt". Die Sozialisten sind nicht aus diesem Grunde für eine Zusammenarbeit, sondern weil sie der Meinung sind, daß das österreichische Volk nicht gegeneinander sondern miteinander arbeiten soll. (Beifall bei der SPÖ).



Seine Partei habe daher nicht einen Moment einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie bereit sei, die Koalition im Rathaus fortzusetzen. Natürlich stand sie auf dem Standpunkt, daß das Wahlergebnis berücksichtigt werden müsse. Dem Kräfteverhältnis wurde Rechnung getragen. Weniger demokratisch gehe man auf diesem Gebiete in einzelnen Bundesländern vor, in denen die Volkspartei die Mehrheit habe.

Die Verhandlungen im Wiener Rathaus waren nicht leicht, sind aber trotzdem erfolgreich abgeschlossen worden. Hoffentlich kehrt jetzt nicht nur in unserem Haus der Frieden ein und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, sondern hoffentlich findet jetzt auch der "Wahlkampf" in den Zeitungen der ÖVP ein Ende und ebenso die ewigen Beschimpfungen und Beleidigungen von 55 Prozent der Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.) Die Sozialisten im Rathaus stehen selbstverständlich voll und ganz hinter den Erklärungen unseres Bürgermeisters. Der Redner versicherte Bürgermeister Jonas er werde in den Sozialisten treue und aufrechte Helfer im Wiener Rathaus finden, damit das von Bürgermeister aufgezeigte Programm auch durchgeführt werden kann. (Beifall bei der SPÖ.) Der Bürgermeister könne sich auf die Sozialistische Fraktion auch verlassen, wenn es im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt und unseres Landes schwierige Probleme zu lösen gibt. Wir wissen, daß wir vor großen Aufgaben stehen. Nach wie vor steht für die Sozialisten das Wohnungsproblem an erster Stelle. Wir sind nicht schuld daran, daß es in Wien noch immer eine Viertelmillion "Bassenwohnungen" gibt. Es muß uns jedoch wohl jeder bestätigen, daß wir uns schon in der Ersten Republik bemüht haben, so rasch wie möglich die Wohnungsnot zu mildern und sie zu überwinden. Wir wollen in den nächsten 5 Jahren alles daran setzen, damit 45.000 Wohnungen gebaut werden können. Wir sind gerne bereit auch mehr Wohnungen zu bauen, wenn dies technisch möglich sein sollte. Vorläufig rechnet man mit 4 Milliarden Schilling um das Wohnbauprogramm in den nächsten 5 Jahren durchführen zu können.

Auf dem Wohlfahrtssektor ist eine geänderte Situation durch die im Parlament beschlossenen Gesetze eingetreten. Es wird daher notwendig sein, die Wohlfahrtsorganisation der Stadt Wien durch Einführung neuer Methoden zu verbessern und auszubauen.



Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens erwarten die Stadt Wien schwere finanzielle Belastungen. Vizebürgermeister Slavik kam in diesem Zusammenhang auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen und richtete einen dringenden Appell an alle Fachleute, ihre Beratungen zu beschleunigen, damit wir endlich mit dem Bau beginnen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Das Geld und die Vereinbarung mit dem Bund sind da. Berated nicht so lange bis die Vereinbarung vielleicht gefährdet wird! Stellt alle Streitpunkte vorläufig zurück und einigt euch über die Durchführung der ersten Arbeiten, damit wir beginnen können!

Der Redner wies auch darauf hin, daß in Wien 14.9 Betten auf 1000 Einwohner kommen, während im Durchschnitt in anderen Städten 12 Betten auf 1000 Einwohner entfallen. In den österreichischen Bundesländer sind es sogar nur 8.9 Betten. Man sollte daher nicht nur von der Vermehrung der Bettenzahl reden; wir müssen uns auch um die Organisation kümmern, um die Situation zu verbessern.

Der Redner griff dann noch einmal das Thema Schnellbahn auf und wies darauf hin, daß die baulichen Herstellungen im wesentlichen abgeschlossen sind. Schon aus diesem Grund wäre es unklug, den Weiterbau einzustellen. Der Vizebürgermeister machte auch darauf aufmerksam, daß durch die Einstellung der Arbeiten die halbe Belegschaft der Simmering-Graz-Pauker-Werke in Graz in ihren Arbeitsplätzen gefährdet sei, weil dort die Triebwagen für die Schnellbahn in Auftrag gegeben wurden.

Zum Autobahnbau bemerkte der Redner, daß im Parlament beschlossen wurde, die Autobahn Salzburg - Wien zu bauen und daß niemand von einem Bau Salzburg - Auhof geredet hat. Wir können es nicht hinnehmen, daß ein Bundesland anders behandelt wird, als das andere. Der Bau der Autobahn in Wien ist auch ein Teil unserer gesamten Verkehrsplanung. Solange wir daher nicht wissen, wo die Autobahn gebaut wird, ist auch unsere Verkehrsplanung gefährdet.

Als Beispiel für die Benachteiligung Wiens auch auf anderen Gebieten führte Vizebürgermeister Slavik an, daß im Bundesbudget 100 Millionen Schilling für die Förderung "unterentwickelter Gebiete" vorgesehen sind. 50 Millionen Schilling werden dafür für die Jauntalbahn in Kärnten verwendet von den übrigen 50 Millionen Schilling bekommt Wien nichts.



Es scheint fast, als ob man sich im Finanzministerium bemüht hat, die Bestimmungen so zu formulieren, damit Wien leer ausgeht.

Zu Verkehrsproblemen zurückkommend betonte Vizebürgermeister Slavik, daß man sich über eines einig sein sollte: Raum für den Verkehr, ja! - Zerstörung Wiens für den Verkehr, nein! Er schließe sich hier den Ausführungen von Stadtrat Lakowitsch an. Auch der Autofahrer muß bereit sein, einige Minuten zu gehen, weil uns die Erhaltung der Schönheit Wiens wichtiger sein muß, als Chrom und Blech.

Wir werden unser Augenmerk selbstverständlich auch der Kultur unserer Volksbildung und dem Schulwesen zuwenden. Unsere Jugend wird überhaupt vielleicht manchmal falsch betrachtet. Er möchte, so sagte der Vizebürgermeister, den Redakteuren hier zu rufen: Schreibt nicht so groß, wenn irgendwo etwas passiert, wo Jugendliche beteiligt sind. Früher sagte man zu den Halbstarken Pülcher. Aber wir hätten uns energisch dagegen verwahrt, mit den Pülchern in einen Topf geworfen zu werden. Auch heute ist der überwiegend große Teil unserer Jugend absolut in Ordnung und soll nicht als halbstark bezeichnet werden. (Allgemeiner Beifall.) Unseren jungen Menschen soll nicht fad sein, und wir wollen ihnen helfen eine Beschäftigung zu finden. Wir wollen sie zur Demokratie erziehen, denn einmal müssen ja die Jungen die Verwaltung unserer Stadt weiterführen.

Was die Frage der Kredite anlangt, so seien die Sozialisten nicht gegen Kreditoperationen. Sie treten aber nur dort dafür ein, wo der Bevölkerung daraus keine zusätzliche Belastung erwächst. Wir haben bei den Stadtwerken bewiesen, daß dies möglich ist. Man kann aber nicht Investitionen durch Kredite finanzieren, bei denen schon in 20 Jahren die Zinsen mehr ausmachen, als der ganze Kredit.

Abschließend bemerkte der Redner, die Sozialisten wollen alles daransetzen, um die Interessen Wiens so wirkungsvoll wie nur möglich zu vertreten. Aus diesem Grunde verlangen sie auch ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz. Er freue sich deshalb über die Erklärung von Stadtrat Lakowitsch, daß auch die ÖVP bereit ist, die Sozialisten dabei zu unterstützen. Leider müsse er feststellen, daß Nationalrat Weinmayer bei einer Tagung der Hausbesitzer erklärt hat, daß das Bodenbeschaffungsgesetz den



Sozialisten nicht konzessionslos übergeben werden, sondern mit einer Mietenreform gekoppelt werden soll. Die sozialistischen Unterhändler werden nicht bereit sein, einem solchen Druck zu weichen.

Die Sozialisten sind zur Zusammenarbeit bereit und wollen alle Kräfte und allen Fleiß für die Stadt Wien und ihre Bevölkerung zur Verfügung stellen, schloß Vizebürgermeister Slavik. Wir rufen alle Wiener und alle Parteien auf: Helft mit bei der Weiterentwicklung unserer Stadt, damit der Jugend Wiens eine schöne Zukunft gesichert werden kann! (Beifall bei der SPÖ.)

#### Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages

=====

Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung hielt der Wiener Landtag seine konstituierende Sitzung ab, die von dem bisherigen Präsidenten, Abgeordneten Marek, eröffnet wurde.

Der erste Punkt der Tagesordnung sieht die Wahl des ersten Landtagspräsidenten sowie die des zweiten und dritten Präsidenten des Wiener Landtages vor. Gemäß den Bestimmungen der Gemeindevahlordnung 1959 entfallen die Stellen des ersten und dritten Präsidenten auf die Sozialistische Partei Österreichs, die Stelle des zweiten Präsidenten auf die Österreichische Volkspartei. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Stemmer werden die Wahlen durch Erheben der Hand vorgenommen. Während der Wahl des ersten Präsidenten übernimmt Abg. Mühlhauser den Vorsitz. Der Wahlvorschlag der SPÖ für den ersten Präsidenten lautet auf den Abgeordneten Bruno Marek. Der Wahlvorschlag wurde wie alle weiteren Wahlvorschläge ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen. Präsident Marek übernimmt unter lebhaften Beifall den Vorsitz. Als zweiter Präsident wurde von der Österreichischen Volkspartei der Abgeordnete Karl Mühlhauser und als dritter Präsident von der Sozialistischen Partei die Abgeordnete Helene Potetz vorgeschlagen. Auch der zweite und der dritte Präsident wurden unter dem Beifall von SPÖ und ÖVP gewählt.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung erfolgt die Wahl von neun Mitgliedern des Immunitätskollegiums.



Die Sozialistische Partei Österreichs hat die Abgeordneten Adolf Planek, Dr. Josef Bohmann, Frieda Nödl, Dr. Josef Jakl, Bruno Marek und Leopold Mistingner vorgeschlagen, die Österreichische Volkspartei die Abgeordneten Dkfm. Dr. Kurt Fiedler, Dr. Carl Freytag und Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl. Die Genannten wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Als Mitglieder des Unvereinbarkeitsausschusses wurden gewählt von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Josef Bohmann, Hans Bock, Harry Jodlbauer, Leopoldine Schlinger, Wilhelm Svetelsky und Karl Rösner, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Carl Freytag, Dr. Franz Weninger und Dkfm. DDr. Pius Prutscher.

Sodann erfolgte die Wahl von zwölf Mitgliedern des Bundesrates. Nach dem Proporz entfallen acht Mandate auf die Sozialistische Partei und vier Mandate auf die Österreichische Volkspartei. Von der Sozialistischen Partei wurden gewählt Otto Skritek, Alfred Porges, Rudolfine Muhr, Franziska Krämer, Dr. Hertha Firnberg, Dr. Fritz Koubek, Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring und Josef Kratky, von der Österreichischen Volkspartei Fritz Eckert, Franz Gabriele, Albert Römer und Ing. Rudolf Harramach.

Damit ist die Konstituierung des Wiener Landtages beendet.

Präsident Marek bringt die bisherigen Leistungen des Landtages auf gesetzgeberischem Gebiet in Erinnerung, wobei er unter anderem das Naturschutzgesetz, das Fremdenverkehrsförderungsgesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Kinogesetz, das Blindenbeihilfengesetz, das Feuerpolizeigesetz, das Krankenanstaltengesetz, hervorhebt.

Vom neugewählten Landtag soll ein Abschnitt der Bauordnung, der sich mit Kommassierungen beschäftigt, novelliert werden, die dringend notwendig gewordene Regelung des Elektrizitätswesens soll vorgenommen, ein Straßenverwaltungsgesetz und ein Jugendschutzgesetz geschaffen werden.



Das Wiener Kinogesetz soll in einigen Bestimmungen abgeändert werden, um der Tatsache des immer bedeutender werdenden öffentlichen Fernsehens gerecht zu werden und hinsichtlich der Prädikatisierung von Filmen Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens in Übereinstimmung mit dem zu beschließenden Jugendschutzgesetz mit anderen Bundesländern zu schaffen. Eine Novelle zum Blindenbeihilfengesetz soll den blinden Mitbürgern gewisse Vorteile bringen. Diese nur beispielsweise angeführten Probleme der Landesgesetzgebung werden an Landtag und Landesregierung große Anforderungen stellen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und Präsident Marek schließt die Sitzung um 13.50 Uhr.

- - -

Führung durch das Historische Museum der Stadt Wien  
=====

11. Dezember (RK) Der Direktor der Museen der Stadt Wien, Dr. Franz Glück, führt Sonntag, den 13. Dezember, um 10 Uhr, durch das Historische Museum. Treffpunkt auf dem Karlsplatz vor dem Museumseingang.

- - -

Entfallende Sprechstunden  
=====

11. Dezember (RK) Dienstag, den 15. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

- - -